



## Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

### Bericht zum Verbraucherschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf auf der Landtagssitzung im März 2006 einen umfassenden Verbraucherschutzbericht für Schleswig-Holstein vorzulegen. Der Bericht soll an die Vorgaben des ersten Berichtes „Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein“ aus dem Jahre 2003 anknüpfen und die Umsetzung der damals anvisierten Handlungsschritte darlegen. Weiterhin soll er insbesondere zu folgenden Schwerpunktbereichen Auskunft geben:

- Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelüberwachung,
- Bedarfsgegenstandekontrolle,
- Gentechnikkontrolle, Kennzeichnungspflicht, Saatgutkontrolle,
- Futtermittelüberwachung,
- Tierschutz, Tiergesundheit,
- Strahlenschutzüberwachung,
- Verbraucheraufklärung und –information, Ernährungsinformation,
- Übersicht der Verbraucherschutzinstitutionen und -angebote sowie ihrer Kooperation.

#### Begründung:

Im Verbraucherschutzindex, den die Bundeszentrale für Verbraucherschutz im Oktober 2004 vorgelegt hat, nimmt Schleswig-Holstein in der Gesamtbewertung einen hinteren Platz ein. Bei Betrachtung der einzelnen Bewertungselemente wird deutlich, dass in Schleswig-Holstein die Zusammenarbeit der Exekutivorgane und das Vorhandensein eines Informationsfreiheitsgesetzes als sehr gut bewertet werden, dass

die Zusammenarbeit in der Legislative und die Kooperation und Vernetzung der Angebote als befriedigend eingestuft werden.

Insbesondere das Fehlen eines regelmäßigen Verbraucherschutzberichtes und eines Jahresberichtes der Eichbehörde haben zu dem insgesamt unbefriedigenden Ergebnis geführt.

Der Landtag und die rot-grüne Landesregierung hatten bereits im Jahre 2003 die zentrale Bedeutung des Verbraucherschutzes erkannt und mit dem erwähnten ersten Bericht Handlungsnotwendigkeiten benannt. Hieran gilt es anzuknüpfen und eine regelmäßige Verbraucherschutz-Berichterstattung auf den Weg zu bringen. Verbraucherschutz kann letztendlich nur dann seine Wirkung entfalten, wenn auch der Verbraucher informiert und einbezogen wird.

Monika Heinold  
und Fraktion